FORUM MIGRATION 3/2007

DGB BILDUNGSWERK

INHALT MÄRZ 2007

SEITE 1
„ALLE ANDERS – ALLE GLEICH"
Internationale Woche gegen Rassismus
ZAHLENWERK
Zu- und Fortzüge nach/aus Deutschland nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern (2004)

SEITE 2
WELTBEVÖLKERUNGS-BERICHT 2006
Die Rolle der Migrantinnen
WAS BEDEUTET INTEGRATION?
Tagung des Bereichs Migration & Qualifizierung
AUSLÄNDISCHE KINDER BESONDERS BETROFFEN
Bertelsmann Stiftung legt Daten zur Armut vor
MIGRATION IN MITTEL- UND OSTEUROPA
Studie aus der Tschechischen Republik

SEITE 3
BILDUNG DER SCHLÜSSEL ZU INTEGRATION
Kampagne der Türkischen Gemeinde
ARBEITSMARKTINTEGRATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN
Debatte zur Vorbereitung des nationalen Integrationsplans
TERMINE
und Veranstaltungen

SEITE 4
VERANTWORTUNG FÜR DIE DEUTSCHEN SPÄTAUSSIEDLER BLEIBT BESTEHEN
Kommentar von Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

„ALLE ANDERS – ALLE GLEICH"

Internationale Woche gegen Rassismus

Der Westdeutsche Rundfunk und der Zentralrat der Muslime in Deutschland, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Zentralrat der Juden in Deutschland und der Deutsche Fußballbund – das sind einige der über 40 Kooperationspartner, die sich an der diesjährigen Internationalen Woche gegen Rassismus in Deutschland beteiligen, die vom 17. bis 25. März stattfindet. Das Motto lautet: „alle anders – alle gleich".

Wie jedes Jahr wird die Woche gegen Rassismus vom Interkulturellen Rat in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern organisiert. Anlass ist der 21. März, der von den Vereinten Nationen 1966 zum alljährlichen Internationalen Tag gegen Rassismus ausgerufen wurde. In Deutschland werden 2007 wieder mehrere hundert Veranstaltungen stattfinden. Geplant sind Veranstaltungen für die Kleinsten, Schulprojekte, künstlerische Projekte, Foren, Diskussionsveranstaltungen, Sportfeste und vieles mehr. In einer Informationsbroschüre bietet der Interkulturelle Rat Anregungen und verweist auf viele Beispiele der letzten Jahre. Gleichzeitig werden

im Materialteil Hintergrundinformationen zum Thema Rassismus in Deutschland geliefert.

Die Broschüre sowie ein Plakat und ein Flyer können bestellt werden bei:
Interkultureller Rat in Deutschland
Goebelstraße 21, 64293 Darmstadt
Telefon 0 61 51/33 99 71
Telefax 0 61 51/3 91 97 40
Im Internet finden sich die Materialien unter:
www.interkultureller-rat.de
Dort sowie auf den Internetseiten der Kooperationspartner stehen auch die Veranstaltungstermine.

ZAHLENWERK

Zu- und Fortzüge nach/aus Deutschland nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern (2004)

Polen	zu 139.283	fort 104.538
Russische Föderation	zu 58.594	fort 15.234
Türkei	zu 42.222	fort 37.058
USA	zu 25.726	fort 28.851
Kasachstan	zu 24.698	fort 2.504
Rumänien	zu 23.825	fort 19.839
Italien	zu 21.422	fort 36.273
Serbien und Montenegro	zu 20.628	fort 25.945
Frankreich	zu 18.369	fort 20.846
Ungarn	zu 17.990	fort 17.157
Ukraine	zu 17.173	fort 6.090
Spanien	zu 14.406	fort 18.010
China	zu 13.778	fort 13.730
Österreich	zu 13.466	fort 18.528
Niederlande	zu 13.026	fort 9.781

Die Zuzüge/Fortzüge beziehen sich auf das Land, nicht die Staatsangehörigkeit. So waren zum Beispiel bei den Zuzügen aus Polen 14.654 Deutsche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Migrationsbericht 2005

WELTBEVÖLKERUNGS-BERICHT 2006

Die Rolle der Migrantinnen

Schätzungen zufolge haben Migrantinnen und Migranten im Jahr 2005 232 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer überwiesen. 167 Millionen davon flossen in Entwicklungsländer. Damit übersteigen die Rücküberweisungen deutlich die weltweiten Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit.

Dies ist eine Zahl aus dem im Herbst letzten Jahres erschienenen Weltbevölkerungsbericht 2006. Herausgegeben wurde er von der Deutschen Stiftung für Weltbevölkerung (DSW), die als Partnerin des UN-Bevölkerungsfonds arbeitet.

Schwerpunkt des Berichts ist die Situation von Migrantinnen. Von den weltweit insgesamt 191 Millionen Migrantinnen und Migranten sind 91 Millionen Frauen. Insgesamt überweisen Frauen weniger Geld in ihre Herkunftsländer als Männer, gemessen an ihrem Einkommen aber deutlich mehr. Laut einer Untersuchung der Vereinten Nationen schicken Migrantinnen aus Bangladesh, die im Nahen Osten arbeiten, im Schnitt 72 % ihres Einkommens in ihre Heimat. Über die Hälfte davon ist für den täglichen Bedarf, die Gesundheitsversorgung und die Bildung ihrer Familien bestimmt. Damit tragen Frauen ganz erheblich zur Entwicklung in ihren Heimatländern bei.

Eine Kehrseite der Migration von Frauen ist der Menschenhandel. Schätzungen der ILO zufolge werden jährlich 600.000 bis 800.000 Menschen über Staatsgrenzen hinweg verkauft, 80 % davon sind Frauen und Mädchen. Sie werden meist zur Prostitution gezwungen oder zur Arbeit in Haushalten oder Sweatshops.

Insgesamt – auch dies eine Zahl aus dem Bericht – ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten nur geringfügig gestiegen: 2005 lag er bei 2,9 %, 1960 waren es 2,5 %.

Hrsg. DSW: Weltbevölkerungsbericht 2006, 144 Seiten, 10,90 Euro.
(ISBN-10: 3-936682-30-5)
Eine Zusammenfassung steht im Internet unter:
www.migration-online.de/weltbevoelkerungsbericht

WAS BEDEUTET INTEGRATION?

Tagung des Bereichs Migration & Qualifizierung

Darüber, dass Integration wichtig ist und gefördert werden muss, besteht Einigkeit. Nur was ist eigentlich Integration? Dass Sprachbeherrschung für eine Integration nicht ausreicht, dürfte unumstritten sein. Soziale Kontakte oder gesellschaftliches Engagement gehören sicher ebenso dazu. Was aber müssen dabei Migrantinnen und Migranten erbringen? Wo liegt die Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft? Wie muss sie sich öffnen? Diesen und anderen Fragen geht die Tagung „Was bedeutet Integration? Integrationsindikatoren auf dem Prüfstand" nach, die am 21. März 2007 zum UN-Tag gegen Rassismus in Düsseldorf stattfindet. Veranstaltet wird sie vom Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk.

Tagungsort: Hans-Böcker-Haus
Hans-Böckler-Straße 39, Düsseldorf
Infos und Anmeldung unter:
www.migration-online.de
oder:
Telefon 02 11/43 01-1 91 (Jens Nieth)

KINDER BESONDERS BETROFFEN

Bertelsmann Stiftung legt Daten zur Armut vor

Ausländische Kinder erhalten in NRW häufiger Sozialgeld (SGB II) als deutsche. Darauf verwies die Bertelsmann Stiftung Mitte Januar. Die Daten ergeben sich aus dem „Wegweiser Demographie", mit dessen Hilfe die Stiftung Daten zur Integration von Zuwanderern für jede Kommune in NRW online zur Verfügung stellt. Durchschnittlich bezogen im Jahr 2006 in den untersuchten kreisfreien Städten des Landes 23 % der unter 15-Jährigen Sozialgeld; bei den Ausländern lag das Mittel bei 38 %.

Der höchste Anteil ist in Bielefeld zu finden: Hier lebte fast die Hälfte (47 %) der Ausländer dieser Altersgruppe in Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhielten. In den Kreisen ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach SGB II empfangen, wesentlich niedriger als in den Städten. Mitte 2006 waren dies durchschnittlich 13 %. Auch hier zählen Ausländer mit 28 % wesentlich häufiger zu den Beziehern.

Informationen im Internet unter:

www.wegweiser-demographie.de

MIGRATION IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Studie aus der Tschechischen Republik

Die Migrationsprozesse in Mittel- und Osteuropa sind Gegenstand einer Untersuchung, die vor Kurzem auf Englisch erschienen ist. Die Beiträge verschiedener Autoren gehen zurück auf eine Tagung an der Prager Karls-Universität im August 2005.

Die Themen sind sehr unterschiedlich. Das reicht von den Folgen der EU-Erweiterung für Moldawien über die Situation ukrainischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Tschechischen Republik bis zum Trend deutscher und anderer westeuropäischer Pensionäre sich im Südwesten Ungarns niederzulassen.

Andere Beiträge befassen sich mit Flucht und Asyl, unter anderem wird der Zugang zum Arbeitsmarkt von Asylbewerbern in verschiedenen Ländern miteinander verglichen. In der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn gilt im Wesentlichen eine Sperre von einem Jahr, danach gibt es anders als in Deutschland keine Beschränkung.

Ein Aufsatz befasst sich mit der Situation bosnischer Flüchtlinge in Berlin, Titel: „Duldung Trauma: Bosnian Refugees in Berlin." Die besondere deutsche Rechtskonstruktion der Duldung hat damit Einzug ins Englische gehalten.

Da den meisten die Themen der Studie eher unbekannt sein dürften und nur die wenigsten Tschechisch sprechen ist ihr Erscheinen auf Englisch sehr zu begrüßen.

Migration Processes in Central and Eastern Europe: Unpacking the Diversity kann heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/migration_in_moe

Asylbewerber in mittel- und osteuropäischen Ländern im Vergleich (2004)

	Anzahl	Hauptherkunftsland
Deutschland	35.607	Türkei
Österreich	24.676	Russische Föderation
Slowakei	11.391	Indien
Polen	8.079	Russische Föderation
Tschech. Republik	5.459	Ukraine
Ungarn	1.600	Georgien
Slowenien	1.173	Serbien und Montenegro

Daten: Migration Processes in Central and Eastern Europe

BILDUNG DER SCHLÜSSEL ZU INTEGRATION

Kampagne der Türkischen Gemeinde

„Ich hab es geschafft, du schaffst es auch" diese Botschaft sollen die 50 besten türkeistämmigen Auszubildenden und Abiturientinnen und Abiturienten anderen Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund vermitteln. Dazu werden sie von der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) nach Berlin eingeladen.

Das ist ein öffentlichkeitswirksamer Teil der Kampagne „Zukunft für Bildung", die von der TGD mit Beginn des Jahres gestartet wurde. Die TGD hat die Ziele hoch gesteckt. Innerhalb der nächsten fünf Jahre – so der Vorsitzende der TGD, Kenan Kolat – soll die Zahl türkeistämmiger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss halbiert werden, die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten soll steigen. Wichtig ist es nicht nur, die Jugendlichen zu erreichen, sondern auch die Eltern. Ihnen soll gezielt das deutsche Bildungssystem erläutert werden. Und sie sollen motiviert werden, sich aktiver in den Schulalltag ihrer Kinder einzubringen. Das heißt zum Beispiel regelmäßig an Elternabenden teilzunehmen und sich auch als Elternvertreter wählen zu lassen. Kolat: „Die Eltern müssen verstehen, dass Bildung der Schlüssel zu einer gelungenen Integration ist."

Damit die Kampagne auch tatsächlich bei den Menschen ankommt, sind derzeit 33 Bildungsbotschafter deutschlandweit unterwegs, die vor Ort in den Kommunen informieren und motivieren. Diese Zahl soll bis Ende des Jahres auf 100 angehoben werden. Die Tageszeitungen Hürriyet und Milliyet werden ebenfalls für „Zukunft für Bildung" werben. Gleichzeitig wurde eine Zusammenarbeit mit dem Volkshochschulverband vereinbart, um zu erreichen, dass die Schulabschlüsse verbessert werden. Und mit Unterstützung der deutsch-türkischen Unternehmerverbände sollen Schulen mit finanziellen Auszeichnungen gefördert werden, die gute Arbeit mit mehrsprachigem Unterricht leisten oder bei der Eltern- und Schülerarbeit vorbildlich sind.

Aus Sicht von Kenan Kolat wäre es wichtig, den Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund, der derzeit bei nur einem Prozent liegt, deutlich zu erhöhen. Sie werden als Rollenvorbilder dringend gebraucht. Um dies zu erreichen, plädiert Kolat für eine Quote: Zehn Prozent der Referendarinnen und Referendare sollten aus Zuwandererfamilien kommen.

ARBEITSMARKTINTEGRATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Debatte zur Vorbereitung des nationalen Integrationsplans

Die Vorbereitung eines nationalen Integrationsplans ist mit verschiedenen Sitzungen fortgesetzt worden. Am 2. Februar 2007 traf sich die Arbeitsgruppe 3 („Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen"), um die Frage Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten inhaltlich zu diskutieren. Die Einrichtung der Arbeitsgruppen wurde auf dem Integrationsgipfel im Juli 2006 beschlossen. In einem gemeinsamen Thesenpapier haben die in der Arbeitsgruppe vertretenen Vorstandsmitglieder von DGB, IG BCE, IG Metall und GEW die Positionen der Gewerkschaften verdeutlicht.

Von der im Jahr 2006 feststellbaren konjunkturellen Erholung haben alle Gruppen auf dem Arbeitsmarkt profitiert. Allerdings haben die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft dabei deutlich besser abgeschnitten als Menschen mit Migrationshintergrund. Zum Hintergrund dieser Situation heißt es in dem Thesenpapier: „Erstens hält der Abbau von Industriearbeitsplätzen und von Beschäftigungsmöglichkeiten in Wirtschaftszweigen, in denen traditionell viele ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind, weiter an. Zweitens hat sich der Trend zum Abbau von so genannten Einfacharbeitsplätzen weiter verstärkt. Allein zwischen 2000 und 2004 reduzierte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter ohne Berufsausbildung um 1/5 von 2,5 auf 2 Millionen."

Daran knüpfen sich verschiedene Handlungsanforderungen. So sollen Migrantinnen und Migranten gezielter in die Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit einbezogen werden. Dabei ist es u.a. wichtig, dass eine berufliche Qualifizierung mit Sprachförderung verbunden wird. Daneben wird in dem Thesenpapier gefordert, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Anschlüssen zu erleichtern und nötige Ergänzungsqualifizierungen unbürokratisch zu ermöglichen.

In dem Papier werden aber nicht nur Benachteiligungen oder Defizite angesprochen, sondern auch die Kompetenzen die dem Arbeitsmarkt und damit der Gesellschaft nützen: „Migrantinnen und Migranten besitzen bislang wenig berücksichtigte Kompetenzen und Erfahrungen, die aus den Zuwanderungsprozessen hervorgehen, im Integrationsprozess entstehen oder aus den Herkunftsländern mitgebracht werden. Hierbei handelt es sich z.B. um sprachliche Qualifikationen oder kulturelle Kompetenzen. Vorhanden ist auch ein hohes Maß an Mobilität und Eingliederungsbereitschaft. Werden diese Kompetenzen nicht anerkannt oder gefördert, sinkt die Motivation für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung."

Das Thesenpapier kann heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/ag3_arbeitsmarktintegration

TERMINE

und Veranstaltungen

Das neue allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG/Aufgabe und Herausforderung für Betriebe und Personalräte
Seminar: 14.03.2007, Berlin
Seminar: 28.03.2007, Leipzig
Wir bieten Ihnen eine Einführung in die Regelungen des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und vermitteln Ihnen die Umsetzung in die Praxis insbesondere am Beispiel ethnischer Diskriminierung. Sie erhalten einen komprimierten Überblick über die rechtlichen Regelungen. Anhand von Beispielen werden Ihnen Umsetzungsmöglichkeiten für Ihre Praxis in der Arbeitswelt vorgestellt.

Methoden der Kompetenzfeststellung im interkulturellen Kontext
Workshop: 12. und 13.03.2007
Hattingen/Ruhr
Im Workshop werden gängige Methoden der Kompetenzerfassung vorgestellt, erprobt und diskutiert. Außerdem werden Sie darin geschult, bestehende Verfahren der Kompetenzerfassung auf interkulturelle Faktoren zu untersuchen bzw. um interkulturelle Gesichtspunkte zu erweitern.
Der Workshop richtet sich an alle, die beruflich mit der Erfassung von Kompetenzen und Potenzialen zu tun haben.

Was bedeutet Integration? Integrationsindikatoren auf dem Prüfstand
Tagung: 21.03.2007, Düsseldorf

Wir alle sind Deutschland. Integration als Herausforderung an die Gesellschaft
Seminar: 15.–20.04.2007
Starnberger See

Europäische Migrationsgespräche
Tagung: 20.04.2007, Berlin

Informationen im Internet unter:
www.migration-online.de
oder
Telefon 02 11/43 01-1 41

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 50848

VERANTWORTUNG FÜR DIE DEUTSCHEN SPÄTAUSSIEDLER BLEIBT BESTEHEN

KOMMENTAR

Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

„Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt." … So steht es in unserer Koalitionsvereinbarung. Damit wird ein Verständnis von nationaler Verantwortung beschrieben, das mindestens zwei Aspekte umfasst:

- Die Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des nationalsozialistischen Rassenwahns und der Hitler'schen Eroberungskriege, aber daneben auch
- die Solidarität unter den Deutschen, die von den Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft sehr unterschiedlich, oft willkürlich oder zufällig betroffen waren. Es gab solche, die das Glück hatten, heil aus dem Krieg zurückzukehren und solche, die getötet oder verletzt wurden. Es gab diejenigen, die in ihrer Heimat weiterlebten und diejenigen, die aus der Heimat vertrieben wurden. Und es gab solche, die wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ein schweres Kriegsfolgenschicksal erleiden mussten.

Das Bundesvertriebenengesetz ist diesen Menschen gewidmet. Durch seine Regelungen wurde über 4,4 Millionen dieser Menschen ermöglicht, nach Deutschland zu kommen und hier ein neues Leben zu beginnen. Auch heute noch finden Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz Aufnahme in Deutschland. Zwar geht die Zahl der Aufgenommenen seit Jahren deutlich zurück. Unsere besondere Verantwortung für diese Menschen bleibt aber bestehen.

Die Randbedingungen auch für die Zuwanderung von Spätaussiedlern verändern sich jedoch. Deshalb bedarf auch das Bundesvertriebenengesetz der Novellierung. So soll das Gesetz mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Siebten Änderungsgesetzes wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Dazu wird das Bundesvertriebenengesetz erstens an die Ost-Erweiterung der Europäischen Union angepasst. Personen aus den baltischen Staaten, die als Spätaussiedler nach Deutschland kommen wollen, müssen in Zukunft wie Spätaussiedler aus den sonstigen mittel- und osteuropäischen Staaten ein Kriegsfolgenschicksal nachweisen. Denn bei Mitgliedstaaten der Europäischen Union kann man nicht mehr grundsätzlich davon ausgehen, dass Menschen dort weiterhin unter einem Kriegsfolgenschicksal leiden.

Zweitens werden die Gründe für einen Ausschluss von der vertriebenenrechtlichen Aufnahme an das Aufenthaltsgesetz und an das Staatsangehörigkeitsgesetz angepasst. Künftig sind auch Personen, die ein Verbrechen begangen, den Terrorismus unterstützt oder sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet haben, vom Erwerb des Spätaussiedlerstatus ausgeschlossen.

Drittens wird das vertriebenenrechtliche Aufnahmeverfahren vereinfacht. In Zukunft ist allein das Bundesverwaltungsamt für das Verfahren zuständig. Die bisher noch verbliebene Beteiligung der Länder entfällt. Damit werden unnötige Doppelprüfungen in Zukunft vermieden und Bürokratie abgebaut.

Schließlich verbessert das Siebte Änderungsgesetz die Regelungen des Bundesvertriebenengesetzes zur Integration der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen. Sie erhalten in Zukunft einen Fahrkostenzuschuss, wenn sie einen Integrationskurs besuchen wollen, der von dem Wohnort, der ihnen zugewiesen wurde, nicht zumutbar erreicht werden kann. Damit wird die Zuwanderung nach dem Vertriebenenrecht auf eine angemessene Basis gestellt, die den aktuellen Anforderungen entspricht.

GEFÖRDERT DURCH

DGB

Bundesministerium des Innern

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH
für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION
Michaela Dälken

REDAKTION
Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT
Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG
Gerd Spliethoff

FOTOS
photocase

DRUCK UND VERTRIEB
Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE
Monatlich

BESTELLADRESSE
SETZKASTEN GMBH
Produktion, Verlag, Werbung
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 02 11/4 08 00 90-40
E-Mail mail@setzkasten.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT
DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de